

DIESE GRÜNEN!



WUPPERTAL NICHT KAPUTTSPAREN

■ EINNAHMESITUATION DER STADT MUSS GRUNDLEGENDE GEÄNDERT WERDEN

GRÜNES Engagement rund um das Haushaltssicherungskonzept

Der erste Teil des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) und die damit verbundenen Sparmaßnahmen waren das Schwerpunktthema in der Ratssitzung am 15. März 2010.

In verschiedenen Anträgen haben GRÜNE aufgezeigt, wie mit der finanziellen Krisensituation umgegangen werden soll. Am wichtigsten war und ist es für uns, dass die Stadt nicht kaputtgespart wird. Deshalb war unsere Kernforderung, dass das Land in Vorleistung gehen muss, bevor wir weitere schmerzhaft Kürzungen in Wuppertal vornehmen.

Jeder Euro, den wir zur Haushaltskonsolidierung einsparen, verringert die Attraktivität der Stadt. Gleichzeitig wird jeder Euro, den wir einsparen, durch eine schlichte Zinssteigerung auf dem Kapitalmarkt oder durch Steuergeschenke der Berliner Koalition zunichte gemacht. Deshalb ist es Unfug, in Wuppertal zu kürzen, wenn sich die Einnahmesituation der Stadt nicht grundlegend ändert. In der Ratssitzung am 12. Juli wird der schlimmere Teil des HSK verhandelt, dann stehen die Kürzungspläne im sozialen, kulturellen, Jugend- und Sportbereich auf der Tagesordnung und wir hoffen sehr, dass der Protest der WuppertalerInnen nicht nachlässt, um zumindest die härtesten Sparvorschläge zu verhindern, wenn nicht sogar zu streichen.



Kulturschaffende am Boden: Diskussion mit OB und Kulturdezernent

Einbringung des Haushalts 2010/11

OB Jung hatte es so eilig, den neuen Doppelhaushalt in den Rat einzubringen, dass er die ersten zwei Tagesordnungspunkte des Rates zunächst „vergaß“. Er und Kämmerer Dr. Slawig zeigten auf, dass der städtische Haushalt in diesem und im nächsten Jahr noch mehr rote Zahlen aufweist. Dann wird das Eigenkapital komplett aufgezehrt sein, dann wird Wuppertal endgültig überschuldet sein.

Haushaltskonsolidierung nur bei Vorleistung des Landes

Der GRÜNE Antrag beinhaltet u.a. die Forderung nach einem Entschuldungsfonds für notleidende Kommunen und die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, damit Bund und Land keine weiteren Kosten auf die Kommunen abwälzen können, denn sonst bleibt die Stadt weiter in der „Vergeblichkeitsfalle“. CDU und SPD stimmten leider nicht zu, der GRÜNE Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Von Bund und Land verursachte Einnahmeverluste in Wuppertal

Wir fragten die Verwaltung, wie hoch die Mindereinnahmen der Stadt sind und welchen Anteil Bund und Land daran haben. Die Gewerbesteuer ging z.B. im letzten Jahr aufgrund der Weltwirtschaftskrise um 80 Mio. Euro zurück.

Laufendes Geschäft der Verwaltung wieder in die Hände der Politik geben

Die GRÜNEN beantragten, dass im Rat jeder einzelne Einsparvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung gestellt wird. Laut Vorlage sollte die Politik die Kürzungen in Höhe von fast 45 Mio. Euro nur als laufendes Geschäft der Verwaltung zur Kenntnis nehmen. CDU und SPD fanden das überflüssig und lehnten den Antrag ab.

Neueinführung einer Baumschutzsatzung

Die GRÜNEN haben 2006 zusammen mit den Stadtbaumfreunden und vielen BürgerInnen vergeblich gegen die Abschaffung der Baumschutzsatzung gekämpft. Seitdem sind viele Bäume in der Stadt gefällt worden. Das bot den Anlass, einen Antrag zur Neueinführung einer bürgerInnenfreundlichen Baumschutzsatzung zu stellen.

Durch die Abschaffung der Baumschutzsatzung sind auch Einnahmen aus Ersatzzahlungen in Höhe von ca. 100.000 Euro jährlich weggefallen. Ein Ziel des GRÜNEN Antrages war es, diese Gelder wieder für die Grünpflege zur Verfügung zu stellen. Die schwarze Koalition von CDU und SPD sowie die FDP lehnten den Antrag ab.

Konzept zur Beteiligung der BürgerInnen

Die GRÜNE Ratsfraktion fordert, dass die Verwaltung zügig ein Konzept zur Beteiligung der BürgerInnen an den HSK-Beratungen erarbeiten soll, das in einen dauerhaften Bürgerhaushalt weiterentwickelt wird.

Die Fraktionen von CDU und SPD lehnten den Antrag ab, die Stadt informiere die BürgerInnen doch bereits in Veranstaltungen über das HSK. Eine aktive Mitwirkung scheint nach wie vor nicht von CDU und SPD gewollt zu sein.

Keine zusätzliche Förderung für den Ganztag

Wuppertal ging bei der Verteilung von Restmitteln des Bundes für „Zukunft Bildung und Betreuung“ leer aus. Die GRÜNEN fragten nach den Gründen. Der zuständige Beigeordnete Matthias Nocke versprach, das Verfahren zu optimieren und in Zukunft die Anträge schneller auf den Weg zu bringen.

Dramatische Verschlechterung der Personalsituation in Wuppertaler Kitas

Viele Nachfragen und Beschwerden aufgrund geringer Personalausstattung in Wuppertaler Kitas erreichten die GRÜNE Ratsfraktion, deshalb fragten wir im Rat der Stadt nach der aktuellen Situation.

Die Verwaltung bestätigte einen Engpass; es fehlen rund 30 von 530 Vollzeitstellen. Dadurch kommt es zu Einschränkungen im Betreuungsangebot.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Frühling zeigt sich von seiner schönsten Seite: langsam wird es wärmer, die Sonne scheint ab und zu - und alles wird grüner im Tal! Alle Wahlumfragen zeigen auf, dass der nächste Landtag nach der Wahl am 09. Mai auch mehr GRÜN in der Landtagspolitik verheißt, das begrüßen wir natürlich sehr. Natürlich beleuchten wir die aktuelle Diskussion um die Kürzungsvorschläge der Verwaltung im Sozial-, Sport-, Kultur- und Jugendbereich und erläutern die finanziellen Hintergründe, die für gedrückte Stimmung in der Stadt sorgen. Wir wollen Wuppertal aber nicht nur als Tal der Tränen im Blick haben. Die schönen Seiten lassen wir deshalb nicht außer acht, wie Sie u.a. an den Beiträgen zur Nordbahntrasse und der im neuen Glanz erstrahlten Schwimmooper sehen können.

Lust auf Neuigkeiten?

Ihr Redaktionsteam



Welttheatertag am 27. März: der Pleitegeier ist in der Stadt

AUS DEM INHALT

Seite 2
Plan B für Wuppertal

Seite 3
Die Börse bleibt doch erhalten

Seite 4
Die Bezirksvertretungen stellen sich vor

Seite 5
Neues vom Fettenberger Weg

Seite 6
Demografie gestalten

GASTKOMMENTAR: PLAN B FÜR WUPPERTAL

■ VON DER KOMMUNALPOLITISCHEN SPRECHERIN DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION, BRITTA HASSELMANN, MDB

Dieser Tage ist viel über die Krise der Gemeindefinanzen und von „Rettungsschirmen“ für Kommunen die Rede. Die katastrophale Finanzsituation von Wuppertal ist ein beredtes Beispiel dafür, dass viele Kommunen seit Jahren in einer Falle aus Strukturschwäche, unzureichender Finanzausstattung, steigenden Soziallasten und Wirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise stecken, die nicht durch einmalige Finanzspritzen zu lösen sind. Weder die Investitionshilfen für 2009 und 2010 aus dem Konjunkturpaket noch die drastischen Einsparvorschläge von Kämmerer und Oberbürgermeister (beide CDU) sind geeignet, die Überschuldung der Stadt nachhaltig abzuwenden. Es spricht einiges dafür, dass Wuppertal 2011 überschuldet sein wird, auch wenn Schwimmbäder geschlossen und das soziale und kulturelle Leben immer weiter eingeschränkt wird. Steuersenkungsbeschlüsse der großen Koalition und aktuell die Politik von Schwarz-Gelb haben den Verschul-



Foto: privat

dungsprozess verstärkt. Die Beschlüsse belasten die ohnehin von der Wirtschaftskrise gebeutelten Kommunen bundesweit mit inzwischen 6,5 Mrd. Euro jährlich. Davon entfallen auf die Städte und Gemeinden in NRW rund 1,4 Mrd. Euro. Auch die erneute Senkung des Bundesanteils an den Kosten

der Unterkunft für ALG II-Beziehende auf 23 % treibt Wuppertal weiter in die Kostenfalle. Nach unseren Berechnungen muss der Bundesanteil um 1,77 Mrd. Euro aufgestockt werden, wenn man die tatsächliche Kostenentwicklung in den Städten und Gemeinden berücksichtigt. Die Abgeordnete

ten von Union, FDP und SPD haben unseren GRÜNEN Antrag zum Bundeshaushalt in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Doch selbst wenn der Bund sich angemessen an den Unterkunftskosten beteiligen würde, oder auch den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab 2013 ausreichend finanzieren würde, braucht Wuppertal mehr als eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Städte wie Wuppertal, deren Schicksal auch viele andere Kommunen vor allem in NRW, im Saarland und Rheinland-Pfalz teilen, brauchen spezielle Hilfen vom Bund und vom Land. Wir haben bereits bei Verabschiedung der Föderalismusreform II im Mai 2009 gefordert, dass der Bund nicht nur den Ländern, sondern auch besonders notleidenden Kommunen eine Altschuldenhilfe gewähren muss. Zu Recht fordert auch die GRÜNE Landtagsfraktion vom Land, einen Altschuldenfonds für notleidende Kommunen aufzulegen. In diesen Fonds könnten Bundeshilfen einfließen. Wuppertal

braucht keine einmaligen „Rettungsschirme“ – wie die SPD es halbherzig fordert –, sondern ein Maßnahmenbündel, das langfristig und nachhaltig wirkt: eine Altschuldenhilfe, ein Verzicht auf Steuersenkungen, eine Reform der Grundsteuer und Gewerbesteuer, eine auskömmliche Finanzausstattung für übertragene Aufgaben. Doch Schwarz-Gelb in Bund und Land sehen offenbar lieber zu, wie sich Städte wie Wuppertal kaputtsparen. Sie planen unverzagt weitere Steuersenkungen und vertagen die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden in eine Kommission, die sogar über die Abschaffung der Gewerbesteuer beraten soll. Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat Eckpunkte vorgelegt, die zeigen, wie seitens des Bundes die Gemeindefinanzen auf eine neue Basis gestellt werden können.

Der Fraktionsbeschluss steht zum Download unter <http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/329/329817.gemeindefinanzen.pdf>

SPAREN, OHNE ZU GESTALTEN

■ NACH DER WAHL IST VOR DER (LANDTAGS-)WAHL

Die Fraktionen von CDU und SPD konnten vor vermeintlicher Stärke nach der letzten Ratssitzung am 15. März 2010 kaum aus dem Ratsaal herausgehen, nachdem sie die 44 Millionen Euro an Kürzungen des städtischen Haushaltes beschlossen hatten. Aber was haben die Fraktionen von CDU/SPD mit ihren Beschlüssen erreicht? Ist damit das Ende des Kaputtsparens erreicht?

Die GRÜNE Ratsfraktion geht davon aus, dass es ohne eine Vereinbarung mit dem Land NRW und der Bundesregierung keine Lösung aus der Schuldenfalle geben wird. Fakt ist, dass der Bund, die Länder und die Kommunen deutlich unterfinanziert sind. Weitere Steuersenkungen, wie sie die FDP auf Bundesebene fordert, würden die Kommunen als schwächstes Glied in der Kette weiter in die Überschuldung treiben. Gewinner in diesem Spiel sind dann wieder einmal die Banken, die den Kommunen die Kassenkredite gewähren. Die kommunale Selbstverwaltung steht auf dem Spiel.

Wie sehen aus GRÜNER Sicht Lösungsansätze aus? Unserer Auffassung nach muss das Land in Vorleistung gehen, bevor die Stadt sich daran macht, ein Haushaltsicherungskonzept zu verabschieden. In der Ratssitzung am 15. März gab es für einen entsprechenden Antrag, aber leider keine Mehrheit. Die Fraktionen von CDU und SPD ließen ihre Muskeln spielen. Ergebnis: Also wird alles so weiter gehen wie bisher. Nächstes Jahr wird die Kommunalaufsicht die Stadt Wuppertal wieder aufordern, weitere Sparanstrengungen zu unternehmen und in Wuppertal werden dann wahrscheinlich weitere Angebote für die Bürgerinnen und Bürger gestrichen oder reduziert. Bei Oberbürgermeister Peter Jung und beim Stadtkämmerer Johannes Slawig (beide CDU) ist nach wie vor nicht zu erkennen, dass sie aktiven Widerstand mit pfiffigen Ideen gegen das Kaputtsparen in Wuppertal leisten. Abzuwarten ist jetzt, wie der Machtkampf in der Wuppertaler SPD ausgeht. Werden sich die Kräfte, die wei-

ter eine enge Zusammenarbeit mit der CDU fordern, durchsetzen oder versucht man, das eigenes Profil als SPD wieder stärker in den Vordergrund zu stellen? Wir sind gespannt, wie die SPD sich entscheidet, denn auch davon ist abhängig, ob das Sparen in den kritischen Bereichen durch kreativen Widerstand aufgehalten werden kann. An der GRÜNEN Ratsfraktion wird es nicht scheitern. Gespannt sein darf man darauf, ob die Worte des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) in einem Spiegelinterview ernst zu nehmen sind. Dort hatte er gesagt, mit ihm als Ministerpräsident würde es keine Schließungen von Schwimmbädern und Theatern geben. Unsere Meinung dazu aus kommunaler Sicht steht jetzt schon fest: die Haushalte von Bund, Land und Kommunen müssen neu justiert werden. Die Städte sind genau wie die Banken systemrelevant für die Bundesrepublik Deutschland, denn hier leben die Bürgerinnen und Bürger, die diesen Staat erst mit Leben erfüllen.

ANZEIGE

GRÜNER ARTENSCHUTZ

FÜR DAS SCHAUSPIELHAUS IN WUPPERTAL



Theater macht reich!

MACHT MEHR MÖGLICH



FRAUEN-NETZWERK UNVERZICHTBAR

■ WER HILFT BEI VERGEWALTIGUNG, GEWALT UND KRISEN...?! 

Noch können vergewaltigte Frauen auf die Hilfe des Frauennotruf hoffen, aber wie lange noch? Spätestens seit die Streichliste im Sozialbereich bekannt wurde, haben sich das viele Frauen im Tal gefragt. Wenn dieser Vorschlag jetzt erst einmal auf Eis gelegt wurde, so ist doch spätestens seitdem klar, dass selbst Frauen in allergrößter Not nicht mehr unbedingt auf ihre „Stadtväter“ zählen können. Auch wenn dieses Projekt erst einmal gerettet ist, die nächste Sparliste kommt. Noch verfügt Wuppertal über ein gut funktionierendes Frauen-Netzwerk. Aber hier ist kein Rädchen verzichtbar: weder das Frauenhaus, noch der Frauennotruf oder die Frauenberatung, weder die Schwangerenberatungs-

stellen, die Vielfalt der Familienbildung, die Wohn- und Beratungseinrichtungen für Alleinerziehende oder eine der anderen Fraueneinrichtungen. Das Opfer einer Sexualstraftat braucht keinen Platz im Frauenhaus und für diejenige, die nebst ihren Kindern von ihrem Mann zum x-ten Mal verprügelt wurde und fliehen muss, reicht es nicht, wenn jemand mit ihr zur Polizei geht und ihr bei der Aufarbeitung der Gewalttat hilft. Junge Mädchen mit Essstörungen brauchen spezifische Hilfsangebote, schwangere Frauen brauchen Unterstützung in Konfliktsituationen usw. Was sich die Herren mit dem Rotstift noch einmal klar machen sollten: Ohne die Arbeit der Hauptamtlichen geht es nicht. Obwohl in

diesem Sektor mehr als die Hälfte der Arbeit durch Ehrenamtliche abgedeckt oder selbst erwirtschaftet wird, sind die Probleme der Frauen so gravierend, dass ab irgendeinem Punkt nur noch Profis helfen können. Wohin sollen Gynäkologinnen und Polizei die Frauen dann verweisen, die Beistand brauchen, nachdem sie Opfer einer Gewalttat geworden sind? Denn in der Regel fehlt diesen Berufsgruppen in der täglichen Arbeit die Zeit, die diese Frauen bräuchten und sind daher immer froh, wenn sie an die kompetente Betreuung aus dem Frauennetzwerk in Wuppertal verweisen können. Darauf können und werden wir Frauen in Wuppertal nicht verzichten, meine Herren!



Frauenprotest vor dem Landtag am 24.03.2010, Foto: Guido von Wiecken

WIEDERERÖFFNUNG DER SCHWIMMOPER LUXUSVILLA ODER GEWERBEGETIET?

■ DIE BARRIEREFREIE WETTKAMPFSTÄTTE



Über 16 Millionen Euro wurden in die Sanierungsarbeiten des stark angeschlagenen Gebäudes gesteckt. Mit dem Geld, das nicht nur aus Steuergeldern, sondern auch mit Hilfe von Spenden, Stiftungen und aus Landesmitteln (1,5 Millionen Euro) zusammengetragen wurde, hat das Gebäudemanagement der Stadt das komplette Bad entkernt und neu gestaltet. Dabei wurde der Grundcharakter der Schwimmoper nicht verändert – denn die vor 53 Jahren erbaute Schwimmhalle ist als Denkmal geschützt. Dazu mussten auch Fliesen und Kacheln eins zu eins neu gebrannt werden.

Die größte Verbesserung erfährt die Schwimmoper durch die Neuausrichtung des Sportbeckens. Bisher verlie-

fen die Schwimmbahnen von Tribüne zu Tribüne, jetzt können die Wettkämpfe von der Seite verfolgt werden. Die hochmoderne Anlage mit Startblöcken für die Schrittstarttechnik wird vom 11. bis 14. November Austragungsort der Deutschen Kurzbahn-Meisterschaften sein.

Außerdem wurde die Schwimmoper vom Sozialverband VdK für den behindertengerechten Umbau ausgezeichnet. Die Plakette „barrierefrei“ wurde Herrn Dr. Uwe Flunkert, dem Leiter des Gebäudemanagements, bei der Eröffnung überreicht.

Jetzt steht das Bad mit seinem Sportbecken, dem neuen Lehrbecken, einem Kinderbad, drei Saunen und einem Fitnessbereich den BesucherInnen offen.

Gleichzeitig verwundert und begeistert waren die GRÜNEN über die Absicht der Verwaltung, auf die Kleine Höhe als Gewerbegebiet zu verzichten und die Fläche als Wohnbaufläche auszuweisen.

Wir freuen uns natürlich, dass die Wohnkuckucksheime der Wirtschaftsförderung an der Stadtgrenze zu Velbert jetzt Geschichte sind. Uns bewegt allerdings ein Verdacht: Hat die Verwaltung vielleicht schon seit Jahren gar nicht mehr ernsthaft die Ausweisung des Gewerbegebietes betrieben und insgeheim schon auf die Ausweisung als Wohngebiet hingearbeitet? War das Gewerbegebiet nur ein Trojanisches Pferd für die Wohnbebauung?

Bedarf für Wohnbauflächen am Strand?

Wir fragen uns auch, ob es überhaupt Bedarf für diese neuen Wohnbauflächen gibt. Warum sollen Menschen aus Wuppertal an die Grenze zu Velbert ziehen? Und warum Velberter nach Wuppertal? Selbst in Velbert gibt es mehr als genug Wohnbauflächen und auch Velbert schrumpft.

Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) wünscht sich aber auf der Kleinen Höhe hochwertige Einfamilienhäuser, sozusagen eine neues Brillen Viertel, allerdings ohne die Infrastruktur eines

gewachsenen Wohngebietes.

Wird hier eine Freifläche verschleudert?

Viele Fragen wirft die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zum Haushaltssicherungskonzept auf: Die genauen Kosten der Entwässerung sind unbekannt. Es steht allerdings jetzt schon fest, dass die Grundstücke zu einem Durchschnittspreis von 137 Euro pro Quadratmeter verkauft werden sollen. Das ist für die Lage sehr günstig. Die Bodenrichtwertkarte des Gutachterausschusses gibt für benachbarte Wohngebiete über 250 Euro an. Der Gesamterlös nach Abzug der Kosten soll 12 Mio. Euro betragen und ist Teil des Haushaltssicherungskonzeptes. Für die Ausweisung von Wohnbauflächen auf der Kleinen Höhe ist allerdings die Änderung des Regionalplanes und des Flächennutzungsplanes erforderlich. Wir GRÜNE möchten auf der Kleinen Höhe weder ein Gewerbegebiet noch ein Wohngebiet, sondern die Fläche als Naturgebiet erhalten. Dafür kämpfen wir schon sehr lange und werden in unserem Engagement nicht nachlassen.

Weitere Informationen und Argumente finden Sie auch auf der Seite der Bürgerinitiative unter: www.kleine-hoehde.de

ÖLBERG

STATT TALFAHRT

Das vierte große Ölbergfest stand unter dem Motto „Ölberg statt Talfahrt“, eine Anspielung auf die Haushaltssituation Wuppertals.

Die Finanzierung bereitete diesmal Probleme. Die Bezirksvertretung durfte wegen des Haushaltssicherungskonzeptes keinen Beitrag leisten und dann fiel auch noch ein wichtiger Sponsor aus.

DER BERG RIEF

Auch in diesem Jahr rief der Berg wieder und alle kamen. Bei wunderbarem Frühlingswetter pilgerten mehr als zehntausend BesucherInnen auf den Ölberg, um die besondere Atmosphäre zu schnuppern, bei Freunden vorbeizuschauen und die multimedialen Darbietungen zu erleben.

Erstmals präsentierte sich Ölberg e.G., die Genossenschaft mit dem Ziel, durch Immobilienerwerb und einen Quartiershausmeister die Attraktivität des Viertels als Heimat eines bunten Völkchens zu erhalten. Neben dem Essen und Trinken standen die Events im Vordergrund.

Insgesamt bestätigte der Ölberg seinen Ruf als Entwicklungswerkstatt Wuppertals und lebendiges Viertel mit guter Nachbarschaft. Auf dem Berg freuen sich alle schon auf das fünfte Ölbergfest im Jahr 2012.

DIE „BÖRSE“ BLEIBT DOCH ERHALTEN

Am 25. Februar hat der Dezernent für Soziales, Jugend und Integration mit dem Kämmerer der Stadt Wuppertal abgestimmte konkrete Einsparmaßnahmen im Bereich Soziales vorgestellt. Auf dieser Liste war u. a. die komplette Streichung des städtischen Zuschusses für das Kommunikationszentrum „die börse“ vorgesehen. Die Aufkündigung des Nutzungsvertrages über das Gebäude in der Wolkenburg 100 wurde angekündigt.

Dieser Vorschlag traf uns völlig unerwartet! Wir hatten mit Kürzungen gerechnet und schon Überlegungen angestellt, wie unsere Arbeit unter diesen Bedingungen überhaupt noch zu bewerkstelligen sei. Immerhin hat die „börse“ seit mehr als zehn Jahren mit „Quasi-Kürzungen“ zu kämpfen, da bei erheblich gestiegenen Kosten der Zuschuss in immer gleicher Höhe blieb. Erst anlässlich des 35-jährigen Jubiläums der „börse“ im Oktober 2009 war uns von allen Seiten Lob für unsere gute Arbeit ausgesprochen worden! Seit vielen Jahren und über Generationen gewachsen, ist die innovative und grenzüberschreitende Kultur- und Bildungsarbeit der „börse“ zu ihrer Schlüsselqualifikation geworden. Formen und Inhalte der Kulturarbeit haben sich mit den Jahren gewandelt und weiter entwickelt. Die börse hat diese Veränderungen gefördert, begleitet und hat sich ihnen mit ihrem Angebot gestellt.

Wir kooperieren mit zahlreichen Initiativen und Gruppen, führen Jugend- und Generationen überschreitende Projekte durch. Angesichts der zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren stellt die börse damit einen unverzichtbaren Bestandteil der soziokulturellen Landschaft Wuppertals dar. In den letzten Wochen haben wir auch erfahren können, wie groß die Unterstützung für die börse in der Wuppertaler Bevölkerung ist, wie stark

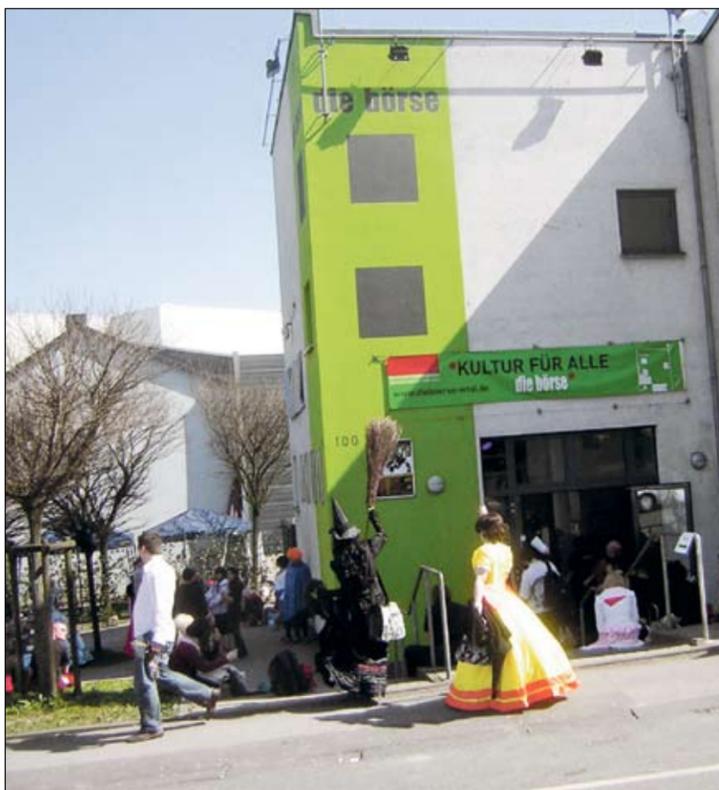


Foto: privat

der Rückhalt ist, den wir durch unsere Besucher und Teilnehmer, durch die mit uns arbeitenden Künstler und Kooperationspartner bekommen. Fast 5000 Unterschriften wurden in kurzer Zeit auf Listen oder auf der Homepage der börse (www.dieboerse-wtal.de) geleastet und inzwischen haben alle Fraktionen im Rat der Stadt öffentlich erklärt, dass sie das oben genannte Einsparpaket in dieser Form nicht mittragen werden und sich für den Erhalt der börse ausgesprochen.

Somit bestärkt, begeben wir uns an die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen! Wir wollen unsere Arbeit für die und mit den Menschen in Wuppertal und den angrenzenden Städten weiterführen und die „börse“ als „kul-

turellen Brennpunkt“ lebendig halten. An dieser Stelle danken wir ganz herzlich für die vielen Unterschriften und Solidaritätserklärungen, die wir erhalten haben. Sie waren für uns in der letzten Zeit eine große Stütze und wertvolle Bestätigung unserer Arbeit. Danke schön!

Petra Lückerath,
Geschäftsführerin der „börse“

grün[®]
Keiner wie wir.

Eine neue Baumschutzsatzung muss her

Die große Kooperation aus CDU und SPD, die sich erst kurz zuvor gegründet hatte, beschloss in der Ratssitzung im Dezember 2005 die Abschaffung der Baumschutzsatzung. Aus Protest gegen diese unsinnige Maßnahme sammelten anschließend die Stadtbaumfreunde Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Obwohl die Zahl der Unterschriften letztendlich leider nicht gereicht hat (das war sicher auch dem Winterwetter geschuldet), waren es doch mehr als 10.000 Menschen in Wuppertal, die das Anliegen unterstützen haben!

Die CDU argumentierte damals, die Besitzer würden ihre Bäume schätzen und kämen gar nicht auf die Idee, sie zu fällen. Unsere Erfahrung ist aber, dass sie oftmals einen Stellplatz oder eine Garage für ihr Auto mehr schätzen! Es wurde schnell erkennbar, dass viele Grundstückseigentümer nur darauf gewartet haben, endlich die Motorsägen ansetzen zu können. Doch es gab auch einen anderen Effekt: viele Menschen in Wuppertal waren für das Thema sensibilisiert und dieser Effekt hält bis heute an. Immer wieder berichten Bürgerinnen und Bürger von geplanten oder bereits vollzogenen Fällungen in ihrem Wohnumfeld. Und noch immer sind sie entsetzt, dass ein Baum so einfach gefällt werden kann. Die Argumente für den Baumschutz sind allgemein bekannt: Klima- und Lärmschutz, Lebensraum für Tiere und die Steigerung der Lebensqualität im Wohnumfeld.

Doch noch ein anderer Aspekt ist von Interesse: Schließlich geht es auch ums Geld! Auch wenn es im Vergleich zu den Fehlbeträgen im Wuppertaler Haushalt nur „Peanuts“ sind, so hat die Baumschutzsatzung auch Einnahmen für den städtischen Haushalt gebracht. Über Ersatzzahlungen kamen etwa

100.000 Euro pro Jahr zusammen, die vorwiegend in die Pflege beispielsweise von Naturdenkmälern geflossen sind. Zwar stellte sich die Haushaltssituation vor vier Jahren noch nicht so dramatisch dar wie heute, aber dass die Stadt freiwillig auf Einnahmen verzichtet, war schon damals eine fragwürdige Entscheidung!

Heute sollen die Standards in der Grünflächenpflege reduziert werden, obwohl schon jetzt am äußersten Limit gearbeitet wird. Inzwischen gibt es auch zahlreiche Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, die den Zustand der Wuppertaler Grünanlagen beklagen. Das vielfältige Grün in der Stadt ist aber ein wichtiger Standortfaktor für Wuppertal.



Foto: privat

Die Menschen leben gerne hier, weil viel Grün für Lebensqualität steht. In Zeiten, in denen das Image Wuppertals nicht sonderlich positiv dasteht, sollte die Stadt bestrebt sein, diesen Standortfaktor zu erhalten! Dazu könnten die Einnahmen aus einer neuen, bürgerInnenfreundlichen Baumschutzsatzung einen wichtigen Beitrag leisten. Eine neue Baumschutzsatzung hätte also im doppelten Sinne einen positiven Effekt für die Lebensqualität in unserer Stadt! Leider wird sie aber erst realisierbar sein, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat ändern...

DIE BEZIKRSVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

■ 5 GRÜNE FRAKTIONEN ENGAGIEREN SICH IN DEN STADTTEILPARLAMENTEN, TEIL 2

NEHMEN SIE KONTAKT MIT UNS AUF
Alle Email-Adressen finden
Sie auf unserer Fraktionshomepage unter:
www.gruene-wuppertal.de
in der Rubrik „BezirksvertreterInnen“.

MEHR GRÜN FÜR VOHWINKEL

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Vohwinkel besteht auch nach den Kommunalwahlen aus zwei Personen, davon ist eine neu dabei: Christiane von Zahn ist erstmalig in eine BV gewählt worden und ist jetzt Fraktionssprecherin der GRÜNEN in Vohwinkel. Auf Listenplatz 1 ist Gerhard Schäfer wiedergewählt worden und bekleidet auch in dieser Legislaturperiode das Amt des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters.

Die „Koalitionsverhandlungen“ waren langwierig, aber insgesamt außerordentlich erfolgreich: Im Wuppertaler Westen regiert die einzige rot-grün-rote Mehrheit einer Wuppertaler Bezirksvertretung. Die Themen im Stadtteil sind vielfältig. Die Diskussion um die geplante „Kaisermeile“ werden wir ebenso begleiten wie die Idee einer „Fußgängerzone Stationsgarten“. Nach wie vor setzen sich die GRÜNEN in Vohwinkel für die Verbesserung der Bedingungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen ein.



Natürlich versuchen wir für die Menschen im Westen das Schlimmste des „Sparpakets“ zu verhindern. Denn von dem könnte Vohwinkel über alle Maßen betroffen sein. Hier werden wir uns gemeinsam mit der Ratsfraktion auch weiterhin dafür einsetzen, dass untragbare Einschnitte im Sozial-, Kultur- und Sportbereich nicht realisiert werden.

MEHR GRÜN FÜR OBERBARMEN

Auch in Oberbarmen konnten die GRÜNEN weit mehr als 2 % bei den Kommunalwahlen zulegen. Von den 17 Mitgliedern der Bezirksvertretung (BV) Oberbarmen stellen die GRÜNEN zwei Mitglieder. Fraktionssprecherin ist Susanne Fingscheidt, Geschäftsführerin der GRÜNEN Ratsfraktion in Solingen, die der Bezirksvertretung Oberbarmen schon seit 2004 angehört. Ihr zur Seite steht der IT-Consultant Martin Möller, der zur Zeit auch Sprecher des Wuppertaler Kreisverbandes der GRÜNEN ist.

Oberbarmen ist ein Stadtteil mit vielen Problemen – aber auch mit viel Potenzial. Er wird aufgrund der Bevölkerungsstruktur von Sparmaßnahmen im sozialen Bereichen besonders getroffen. Da der Stadtbezirk Oberbarmen einen überdurchschnittlichen hohen Anteil junger Menschen hat, sehen es die GRÜNEN in der BV Oberbarmen als besonders wichtige Aufgabe an, die Infrastruktur, Fördereinrichtungen und Freizeitangebote für die vielen Kinder und Jugendlichen im Stadt-

teil nicht nur zu bewahren, sondern sogar auszubauen. Hierzu muss u.a. ein Weg gefunden werden, die städtischen Eigenanteile für die Teilnahme an Förderprogramme des Landes, des Bundes und der Europäischen Union aufzubringen. Der Auf- und Ausbau des Radwege-

netzes in Oberbarmen, die Verkehrssituation am Bahnhof Oberbarmen und die Ansiedlung eines Ikea in Nächstebreck werden weitere zentrale Themen der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Oberbarmen sein. Alle OberbarmenInnen rufen wir auf, diese und andere Themen mit uns zu diskutieren.



Foto: Privat

MEHR GRÜN FÜR CRONENBERG

Wir blicken auf ein erfolgreiches Jahr 2009 zurück, unser Traum in der kleinen Bezirksvertretung (15 Mitglieder) mit drei stimmberechtigten Mitgliedern einzuziehen, ist wahr geworden. Mit Regina Orth, Peter Vorsteher und als neues Mitglied Dirk Wallraf sowie als beratendes Mitglied Paul Ramette gehen wir gestärkt in die neue Runde. Mit einem Ergebnis von 18,81% konnten wir unser Ergebnis aus 2004 von 13,44% deutlich steigern.

Wir Cronenberger GRÜNEN stehen für eine bürgernahe Politik und kümmern uns auch um die kleinen Probleme im Stadtteil. Unser Vorteil ist es, dass wir zu allen Tagesordnungspunkten in der Bezirksvertretung genau so abstimmen wie im Rat der Stadt. Bei uns gibt es kein Herumgeeiere, wie wir das in der Vergangenheit bei CDU und SPD feststellen mussten.

Ein Schwerpunkt unserer Politik in Cronenberg ist der Kampf gegen den Flächenfraß, also gegen die weitere Bebauung der Wiesen, so wie es die Rathauskoalition von SPD und CDU derzeit durchführt. An Wanderungen zu den geplanten Baugebieten nahmen bis zu 45 Menschen teil. Ein weiterer Akzent unserer Arbeit liegt in Cronen-



Foto: Privat

berg auf der Umweltpolitik. Weiterhin haben wir mit der Sanierung des u.a. durch erbgutschädigendes ChromVI verseuchten Hösterey-Gelände in Sudberg zu tun. Gerne stehen wir für Fragen und Anregungen zur Ver-

fügung und freuen uns auf neue Gesichter in der Stadtteilgruppe.

Grüne Grüße aus Cronenberg!
Regina Orth, Peter Vorsteher,
Dirk Wallraf, Paul Yves Ramette

MEHR GRÜN FÜR HECKINGHAUSEN

Aufgrund des erfreulich guten Wahlergebnisses, das GRÜNE durch einen kämpferischen und engagierten Wahlkampf in ganz Wuppertal erzielen konnten, ist neben Jörg Liesendahl nun Stefan Jope als weiteres Mitglied in die Bezirksvertretung Heckinghausen eingezogen. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich Jörg Liesendahl mit großem Einsatz in Sachen Umwelt- und Naturschutz nicht nur im Osten unserer Stadt einen Namen gemacht und seine Fachkompetenz als Biologe und Umweltpädagoge politisch zur Geltung gebracht. Unterstützt wird er nun durch Stefan Jope, der als Rechtsanwalt auf den Gebieten des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts in Heckinghausen in eigener Kanzlei tätig ist und nun den Fraktionsvorsitz übernommen hat. Mit Stefan Jope wird die GRÜNE Fraktion nunmehr nicht nur durch juristische Kompetenz bereichert, sondern gewinnt auch an umweltpolitischem Engagement noch stärker hinzu. In den nächsten Jahren wollen sich Jörg Liesendahl und Stefan Jope u. a. für eine unter Sparaspekten ökologisch sinnvolle Gestaltung der Barmer Anlagen, des Naturschutzgebietes Murrenbachtal und beson-



Foto: Privat

ders der Flächen auf dem Scharpenacken, die ja zu einem großen Teil zu Heckinghausen gehören, einsetzen und dazu beitragen, dass Heckinghausen insgesamt deutlich an Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger hinzugewinnt. Bei der Entwicklung Heckinghausens liegt es der neuen GRÜNEN Fraktion besonders am Herzen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Stadtteils noch deutlich stärker zu berücksichtigen. Dies soll durch gezielte BürgerInnenbeteiligung und Gespräche mit den BürgerInnen erreicht werden.

MEHR GRÜN FÜR LANGERFELD/BEYENBURG



Foto: Privat

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Langerfeld/Beyenburg bestand seit 2005 aus zwei Personen, Michael Berger und Thomas Sperling. Sie bekam nach der Kommunalwahl eine Frischzellenkur in Person von René Kissler, für den der alte Hauden und Fahrradangebotsstreifenkämpfer Michael Berger nach fünf Jahren BV-Zugehörigkeit gerne seinen Platz freimachte.

Mit René Kissler ist damit das Durchschnittsalter der BV Langerfeld/Beyenburg signifikant gesunken und die GRÜNE Fraktion in der Bezirks-

vertretung freut sich auf spannende Kontroversen mit dem „Altherrenclub“, der seit Jahren und Jahren die BV beherrscht.

Sollte René Kissler – was wir uns und ihm alle wünschen – nach den Landtagswahlen ins Düsseldorfer Parlament umziehen, wäre dies ein Gewinn für unser Land, aber ein Verlust für die Bezirksvertretung.

Die „Koalitionsverhandlungen“ für eine rot-grüne Mehrheit scheiterten leider an Altersstarrsinn und persönlichen Antipathien und so freuen sich die beiden östlichsten BV-GRÜNEN Wuppertals auf eine kon-

struktive Opposition.

Inhaltlich gestalten wir unter anderem mit an diversen fahrrad- und fußgängerfreundlichen Einzelfragen sowie an einem Anti-Leerstandskonzept für Langerfelds Ladenlokale.

Ein weiteres wichtiges Thema ist natürlich das Sparpaket, das für Langerfeld/Beyenburg als größtem Bezirk Wuppertals weitreichende Folgen haben kann. Hier versuchen wir gemeinsam mit der GRÜNEN Ratsfraktion Schlimmes zu verhindern, damit im Bezirk weiterhin im Sozial-, Kultur- und Sportbereich attraktive Angebote erhalten bleiben.



Foto: Privat



WUPPERTAL WIRD BEWEGT

■ DER UMBAU DER NORDBAHNTRASSE WIRD SICHTBAR

Nach vielen Herausforderungen bis zur konkreten Umsetzung hat die WuppertalBewegung e.V. mit beispielhaftem Engagement dafür gearbeitet, dass die Vision eines Rad- und FußgängerInnenwegs auf der ehemaligen Nordbahntrasse Realität wird.

Jetzt nimmt die Trasse Gestalt an. Im Abschnitt zwischen Loh und Ostersbaum beginnen die Arbeiten an den Wegen und so bekommen alle WuppertalerInnen eine Ahnung davon, wie die gesamte Strecke einmal aussehen wird. Am 5. Juni 2010 wird dann die Einweihung des Teilstückes gefeiert. Mit dem Gewinn beim bundesweiten LED-Wettbewerb für ein innovatives Beleuchtungskonzept der Nordbahntrasse hat die WuppertalBewegung

wieder einmal bewiesen, wie Ausdauer, gute Netzwerke und motivierte Men-

schen dafür sorgen können, dass Wuppertal ein Licht aufgehen kann.



Im SchwebbahnExpress, Freitag, 16.04.2010, 15.34 Uhr zwischen Kluse und Alter Markt: „Mensch, watt freu ich mich auf Montag“ - „Hä, ist doch ersmal Wochenende“ - „Ja, aber am Montag geht's doch wieder los“ - „Watt denn? Wegen WSV-Spiel oder was“ - „Nee“ - (Stimme vom Fahrer an der Adlerbrücke): „Wir haben genug frische Luft, bitte Tür 3 freimachen, sonst können wir nicht weiterfahren“ - „Na, Scherzkeks – frische Luft iss aber watt anderes“ - „Iss mir echt zuuuu viel Nähe hier, ich will endlich wieder Schwebbahn fahren.“

TANZTRÄUME - JUGENDLICHE TANZEN „KONTAKTHOF“ VON PINA BAUSCH

Der Film von Anne Linsel und Rainer Hoffmann wurde nach der Premiere auf der BERLINALE 2010 am 7.3.2010 erstmals in Wuppertal gezeigt.

In zwei Kinosälen verfolgten zahlreiche Gäste die Dokumentation der Neuauflage des Stücks „Kontakthof“ mit Jugendlichen, das erstmals 1978 aufgeführt wurde.

Die 13 Jungen und 13 Mädchen verleihen dem Stück durch ihre junge und unvoreingenommene Art eine völlig andere Ausstrahlung als die bisherigen Inszenierungen.



Das Stück handelt von Gefühlen, Sehnsüchten und Träumen; das ewige Spiel zwischen Frau und Mann in seiner ganzen Vielfalt. Teils zart und unsicher, teils frech und fordernd präsentieren die jungen Leute den Stoff in typischer Pina Bausch Tanztheatermanier. Im Film wird die Entwicklung der Gruppe dokumentiert, die sich aus sehr unterschiedlichen Jugendlichen zusammensetzt. Mit einigen der Jugendlichen führt Anne Linsel Gespräche über Ängste, Verluste und Träume. So entstehen immer wieder eindruckliche Momente, wenn die Jugendlichen spontan aus

ihrem Leben erzählen.

Sie waren außerordentlich engagiert und haben ein Jahr lang jeden Samstag geprobt. Die meisten sind von Anfang an dabei gewesen, abgesprungen sind nur ganz wenige.

Nicht nur die einzelnen Mitglieder des Ensembles veränderten sich über die Arbeit an dem Stück, sondern auch ihr Umgang miteinander. Zu den Höhepunkten des Films zählen die Szenen, in denen Pina Bausch noch einmal zu erleben ist.

Ein wunderbarer Film nicht nur für Tanztheaterfans!

GASTKOMMENTAR: NEUES VOM FETTENBERGER WEG

■ VOM BÜRGERINNENVEREIN NATURLANDSCHAFTSSCHUTZ DEILBACHTAL E.V.

Bauarbeiten für Massentieranlage zerstören Landschaftsschutzgebiet am Dönberg

Der Antrag eines Velberter Agrarindustriellen auf Genehmigung einer Anlage für 15.000 Legehennen wurde mittlerweile von der Stadt Wuppertal genehmigt. Bald sollen am Fettenberger Weg jährlich über 4 Millionen Eier produziert werden. Die Bauarbeiten stehen kurz vor dem Abschluss, eine wertvolle landwirtschaftliche Fläche im Landschaftsschutzgebiet, die sich in direkter Nachbarschaft zum Naturschutzgebiet Deilbachtal befindet, wurde bereits zerstört. Bei dem Velberter Agrarindustriellen handelt es sich um den Besitzer des 800 m entfernten „Hühner-

Bioparks“ an der Nordrather Straße, der vor Kurzem das Biosiegel für die Produktion von Bio-Eiern verlor, da er die Kriterien der Bio-Verordnung nicht eingehalten hatte. Die vorgeschriebene Auslauffläche von 4 qm² pro Tier war nicht vorhanden, für die mehr als 20.000 Legehennen hätten 8 ha zur Verfügung stehen müssen. Eine Rechnung, die nicht aufging, da die Nutzung eines angrenzenden Waldes nicht genehmigt wurde.

Der BürgerInnenverein NaturLandschaftsschutz Deilbachtal e.V. kämpft engagiert gegen diese sich nicht nur am Fettenberg ausbreitende Entwicklung und AnwohnerInnen haben Klage gegen die Baugenehmigung eingereicht. Darüber hinaus ermittelt die Staatsan-

waltschaft Wuppertal wegen Betrugsverdacht. Allein in der Region Hattingen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Velbert und Wuppertal stehen und entstehen zurzeit riesige Hühnerstallanlagen für bis zu 110.000 Tiere. Auswirkungen hat dieser Trend nicht nur auf das Landschaftsbild. Naherholungsgebiete werden zerstört, Gesundheitsgefahren für AnwohnerInnen, MitarbeiterInnen und Naherholungssuchende drohen durch hohe Ammoniak- und Feinstaubbelastungen, wichtige Biotopverbund- und Fließgewässersysteme werden zerstört, das Grundwasser ist bedroht, ohne ausreichende Kartierung wird die Tier- und Pflanzenwelt weiter zurückgedrängt. Rechtlich zulässig ist diese Fehlentwicklung durch § 35 des Bau-

gesetzbuches (BauGB). Dort wird geregelt, unter welchen Bedingungen das Bauen im Außenbereich überhaupt genehmigt werden kann. Landwirtschaftliche Betriebe sind demnach privilegiert und dürfen im Landschaftsschutzgebiet bauen. Was ursprünglich vom Gesetzgeber als Förderung der bäuerlichen Strukturen gedacht war, entpuppt sich als Gesetzeslücke für den Wildwuchs agrarindustrieller Großbetriebe unter Nicht-Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben.

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat in einer Großen Anfrage diese Privilegierung und die zwielichtige Bio-Hennenhaltung in der Region hinterfragt. Bis Redaktionsschluss lag die Stellungnahme der Lan-

desregierung NRW noch nicht vor.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für die Unterstützung der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Wuppertal und der Landtagsfraktion der GRÜNEN in Düsseldorf für die tatkräftige Unterstützung bedanken.

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer homepage www.nls-deilbachtal.de. Wer uns unterstützen möchte, kann dies auch durch Spenden zur Finanzierung der Klage und der Anwaltskosten tun. Kontoverbindung: BV NaturLandschaftSchutz Deilbachtal e. V. Credit- und Volksbank eG Wuppertal Konto 1207139013, Bankleitzahl 330 600 98. Stichwort: Anwaltskosten. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu.



MEHR GRÜN

FÜR INTEGRATION

Am 07. Februar diesen Jahres wurden in Wuppertal die Mitglieder der MigrantInnen im Integrationsausschuss gewählt. Leider war die Wahlbeteiligung gering. Das erfreuliche Ergebnis für die Ratsfraktion: Die Spitzenkandidatin, Marilyn Morgan – GRÜNES Urgestein aus Wuppertal – wurde direkt in den Ausschuss gewählt. Der Integrationsausschuss besteht aus 21 Mitgliedern. Elf werden vom Rat der Stadt gewählt, für die GRÜNE Ratsfraktion sind das Klaus Lüdemann und Regina Orth. Die anderen zehn Mitglieder werden von den MigrantInnen direkt in den Ausschuss gewählt. In der laufenden Wahlperiode muss der Integrationsausschuss unter anderem über eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit und eine aktuelle Internetpräsenz höhere Bekanntheit erlangen. Nach GRÜNER Auffassung ist zudem eine aktivere Mitarbeit des Integrationsausschusses in den Themenfeldern Kultur, Sport und Altenpflege vonnöten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen der MigrantInnen nicht überhört werden können, versprochen!

WUPPERTAL IST NICHT ALLEIN

MEMORANDUM-STÄDTE SCHLIESSEN SICH ZUSAMMEN

Allein durch die Pläne, das Schauspielhaus zu schließen, ist Wuppertal bundesweit mit negativen Schlagzeilen in die Medien geraten. Es wurde der Eindruck vermittelt: Keiner Stadt geht es finanziell so schlecht wie Wuppertal. Das Besondere an Wuppertal sind nicht die Schulden von zur Zeit 1,8 Milliarden Euro. Alleine in Nordrhein-Westfalen sind 19 Städte, vor allem im Ruhrgebiet, in ähnlich verzweifter Lage – und damit ist ein Drittel der Bevölkerung des Landes betroffen. Diese Städte haben sich in der Memorandum-Gruppe zusammengefunden, um gemeinsam ihre Interessen gegenüber dem Land NRW zu vertreten.

Wuppertal in den TOP TEN

Bei einer sachlichen Analyse der Schulden der Städte in NRW liegt Wuppertal zwar in den TOP TEN. Städten wie Oberhausen, Duisburg und Hagen geht es allerdings noch schlechter. Schuldenlandesmeister ist Oberhausen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 7000 Euro pro Einwohner. Wuppertal

liegt zur Zeit bei etwa 5000 Euro. Die Kulturhauptstadt Essen ist Wuppertal auf den Fersen und wird die 5000 Euro - Marke bald reißen. Die Methoden, über Sparmaßnahmen das Defizit zu senken, sind höchst unterschiedlich. Duisburg senkt die Temperatur in den Bädern. In anderen Städten werden Bäder geschlossen, Bezirksvertretungen und Ausschüsse zusammengelegt, Stadtteilbibliotheken und dezentrale Bürgerämter geschlossen und Zuschüsse an freie Träger gekürzt.

Entschuldung dringend notwendig

Doch alles Sparen beseitigt nicht die eigentliche Ursache: die fehlenden Einnahmen. Die Memorandum-Städte haben zusammen schon ca. 20 Milliarden Euro Schulden und jedes Jahr kommen 2 Milliarden Euro dazu. Neben einem Entschuldungsfonds zur Milderung der drückenden Altschulden brauchen die Stadt in NRW eine solide Finanzierung im Rahmen einer Gemeindefinanzreform.



ANZEIGE

DEINE DATEN GEHÖREN DIR!

Datenschutz ist Bürgerrecht!



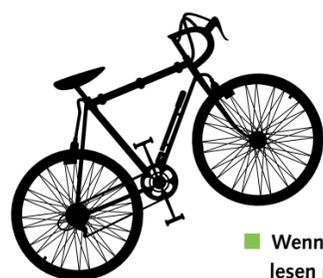

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
 KREISVERBAND WUPPERTAL
www.gruene-kvwuppertal.de

DEMOGRAFIE GESTALTEN

EIN INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT MUSS HER

Der demografische Wandel wirkt sich auch auf Wuppertal aus. Prognosen gehen davon aus, dass die EinwohnerInnenzahl im Jahr 2020 bei 330.000 Menschen liegen wird. Die Bevölkerung nimmt ab, sie wird älter, der Anteil mit Migrationshintergrund nimmt zu und die soziale und räumliche Trennung wird stärker. Die Stadt muss Zukunftsstrategien entwickeln, die auf diese Entwicklung angemessen reagieren. Der demografische Wandel muss deshalb zum zentralen Handlungsschwerpunkt von Politik und Verwaltung werden. Dabei geht es den GRÜNEN nicht um ein kurzfristiges hektisches Agieren, sondern um ein mittelfristiges Programm zur Gestaltung der Stadt. Ziel des Masterplanes ist es, konkrete Handlungsstrategien für Wuppertal zu entwickeln und zu bündeln, dazu gehören unter anderem die Bereiche Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt,

Gesundheit, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Wohnen im Alter, Verkehrspolitik, Einzelhandel. Die zentrale Frage des Konzeptes lautet, wie Wuppertal auch in Zukunft ein für BürgerInnen attraktives und gleichermaßen finanzierbares Angebot an infrastrukturellen Einrichtungen vorhalten kann, obwohl die Zahl der BürgerInnen dauerhaft sinkt. Konkret soll z.B. untersucht werden, wie sich Bauprojekte auswirken, welche Anforderungen Frauen und Männer in verschiedenen Lebenslagen an die Infrastruktur in der Stadt haben. Leider konnten sich CDU und SPD mit diesen Fragen nicht beschäftigen und lehnten den Antrag im Rat am 15.03.2010 ab. Sie verwiesen darauf, dass die Verwaltung es schon richten und bei passender Gelegenheit ein Konzept vorlegen wird. Hoffen wir, dass die GRÜNEN Anregungen dabei mit aufgenommen werden.



Fahrrad selber kaufen

ABO geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ WEG MIT DEM BILDSCHIRMSCHONER



PC-Monitore gehören zu den Großverbrauchern am Arbeitsplatz. Vor allem Röhrenmonitore sind buchstäblich Energieverschwender. Deshalb lohnt sich hier das Stromsparen ganz besonders. Eine Möglichkeit: Weg mit dem Bildschirmschoner! Er ist höchstens etwas Hübsches fürs Auge,

Strom sparen hilft er damit aber nicht. Im Gegenteil: Die bunten, sich bewegenden Bildchen verbrauchen sogar noch mehr Energie als die des Desktops. Sie können den Bildschirm automatisch nach zehn Minuten in den Stand-By-Modus bringen oder bei längeren Arbeitspausen ganz ausstellen. Schalten Sie den Monitor nach der Arbeit nicht nur am Gerät, sondern auch über die Strom-Steckerleiste aus. Wenn Sie noch einen Röhrenmonitor haben, könnte sich der Umstieg auf ein neues TFT-Display lohnen, Ihre Stromrechnung dankt es Ihnen mit jährlich 30 bis 60 Euro weniger, die Sie bezahlen müssen.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Anja Liebert, Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Susanne Fingscheidt, Stefan Jope, René Kissler, Jörg Liesendahl, Petra Lückereath, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Martin Möller, Regina Orth, Gerhard Schäfer, Ilona Schäfer, Thomas Sperling, Gerta Siller, Christiane von Zahn, Dirk Wallraf

Gastbeiträge und Kommentare:
Britta Haßelmann MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
BürgerInnenVerein Naturlandschaftsschutz Deilbachtal e.V.

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange
Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Auflage: 51.790

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; AstA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38
Die Abgabe ist kostenlos!